

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postgebühren entgegen. — Erscheinung wöchentlich. Jahresspreis — Anschlag Nr. 22.

Veröffentlichungen der Anzeigenblätter für Anzeigen und für Anzeigen die Postgebühren entgegen. — Erscheinung wöchentlich. Jahresspreis — Anschlag Nr. 22.

Telegramme: Cogeblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 183

Sonnabend, den 6. August 1932

27. Jahrgang

Neue politische Gewalttaten

Der Terror wütet weiter — Die Reichsregierung zögert

Berlin, 4. August. Die Ministerbesprechung, die heute vormittag um 11 Uhr unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers von Cohn begann, war erst kurz nach 2 Uhr zu Ende. In dieser Besprechung hat die Reichsregierung auf Grund der eingegangenen Berichte eingehend die innenpolitische Lage erörtert und über entsprechende Maßnahmen gegen die sich in der letzten Zeit häufenden Terrorakte beraten. Dabei ist man, wie aus gut unterrichteter Quelle verlautet, übereingekommen, die bestehenden Strafbestimmungen ganz wesentlich zu verschärfen. Man hat im einzelnen grundsätzlich festgelegt, welche Schritte unternommen werden sollen. Nach unseren Informationen werden die Maßnahmen jedoch zunächst noch nicht erlassen, da man dies von der weiteren Entwicklung abhängig machen will. Auf Grund des Ergebnisses der heutigen Kabinettsberatungen ist die Reichsregierung aber jederzeit in der Lage, sofort die beschlossene Verordnung zu erlassen, wenn die Lage dazu zwingt. (P. D. Red.)

Es ist das wird jeder vernünftige Mensch einsehen, allerdings die höchste Zeit, daß die Regierung eingreift und dem mörderischen Treiben, das seit Tagen wütet und sich weiter ausbreitet, ein Ende bereitet. Vor Burgfrieden ist keine Spur zu finden und ebensowenig sieht man den Reden von Ruhe und Ordnung, die von den Männern der Regierung haben geführt werden. Die Tat folgen. Wenn jetzt das Kabinett erklärt, daß die Verordnung gegen den Terror „zunächst noch nicht erlassen“ werden solle und daß man „die weitere Entwicklung abwarten“ wolle, man spricht davon dem, was sich in den nächsten 18 Stunden ereignen wird, so muß man dieses Bögen völlig unverständlich finden. Es wird heute erklärt, daß die Regierung auf Grund der Kabinettsberatungen jederzeit imstande sei, die Notverordnung herauszugeben, „wenn die Lage dazu zwingt“. Was soll denn inzwischen erst noch geschehen und welche Ausmaße sollen die politischen Verbrechen erst noch annehmen, bis die Regierung die Lage als zu Maßnahmen zwingend ansieht?

Vor der Terror-Notverordnung

Berlin, 5. August. Eine große Anzahl Berliner Mütter beschäftigt sich mit den geplanten Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung des politischen Terrors.

Die „DZ“ weist auf die Tragweite der von der Regierung zu treffenden Entscheidungen hin. Sollte binnen der von der Regierung geleiteten letzten Frist keine Besserung eintreten, müsse die Todesstrafe für Waffentragen, d. h. für unrechtmäßige Anwendung und Handhabung selbst wirkender Waffen, verschärfert werden. Nur so könne dem Umkreis des Bürgerkrieges Einhalt geboten werden. Von den Bestimmungen müßten, so meint das Blatt, alle für dieses Treiben mitverantwortlichen Kreise ohne Rücksicht auf ihre politische Richtung gleichmäßig getroffen werden. Nur durch eine einheitliche beschleunigte Aktion könne die Staatsgewalt ihr schwer in Frage gestelltes Ansehen, den Schutz der friedlichen Bürger und die Staatsordnung retten. Anders als mit drakonischen Maßnahmen könne jetzt nicht mehr durchgegriffen werden.

„Germania“ und „Tageblatt“ drücken ihre Verwunderung über die zögernde Haltung des Reichskabinetts aus. Die große Deffektivität, so sagt das „Tageblatt“, sei der Meinung, daß die Ergebnisse dieser Woche der Regierung sofortiges Handeln zur Pflicht machten.

Die „Vossische Zeitung“ bekämpft, kein Freund von Sondergerichten und Ausnahmeregelungen zu sein, glaubt aber die Feststellung nicht unterdrücken zu können, daß die Reichsregierung sich selbst gegenüber erheblich geduldiger sei, als gegenüber der früheren preussischen Regierung.

Der „Vorwärts“ warnt davor, Bestimmungen zu schaffen, die sich lediglich gegen links auswirken, und betont, daß es sich nicht um ein kriminalistisches, sondern ein politisches Problem handle. Ränne die Regierung von der NSDAP keine grundlegende Veränderung ihres Verhaltens erzwingen, so müsse sie im Staatsinteresse den Kampf gegen sie aufnehmen. Die Politik der Regierung von Papen werde durch die Errichtung von Sondergerichten nicht besser.

Der „Börsencourier“ weist auf die Notwendigkeit hin, daß das geplante „äußerste Mittel“ nur dann gerechtfertigt sei, wenn es von einer Macht angewendet werde, die versichert, daß sie keine Parteien kenne und vor der die politische Farbe des Gewalttäters vollkommen gleichgültig sei.

Im Zusammenhang mit ihrem Bericht über die geplante Notverordnung wissen „Lokalanzeiger“ und „Tag“ von neuen Erklärungen der Parteileitung der NSDAP zu berichten, in denen die politischen Ausschreitungen aufs schärfste mißbilligt werden. Auch wolle die Parteileitung sich bemühen, die Angehörigen der NS-Organisationen von solchen Greuelthaten unbedingt abzuhalten. Auf dieser Linie hätten sich Besprechungen bewegt, die der Staats-

trage der NSDAP, Hauptmann a. D. Goering, mit Mitgliedern der Reichsregierung gestern hatte und in denen er, wie die genannten Scher-Blätter berichten, entsprechende Zusagen der Parteileitung überbracht habe.

München, 5. August. Der „Vossische Beobachter“ fordert heute in einem Artikel zu den politischen Zusammenstößen Standrecht gegen die „roten Nordhorden“ und Notwehrrecht für die SA.

Feuerüberfall auf zwei Polizeibeamte

Hindenburg, 4. August. Von dem Sozialfahrer eines Motorrades wurden heute früh in Sohnsitz zwei patrouillierende Polizeibeamte beschossen. Von denen einer so schwer getroffen wurde, daß bei ihm Lebensgefahr besteht. Der andere Beamte erhielt einen Beinbeschuß.

Die Täter verhaftet

Hindenburg, 4. Aug. Zu dem gemeldeten Feuerüberfall auf zwei Polizeibeamte von einem Motorrad aus teilte die Pressestelle der Polizei mit, daß die beiden Täter festgenommen wurden. Einer von ihnen hat bereits ein Geständnis abgelegt. Er gehört der NSDAP an.

Handgranatenanschlag in Schlesien

Gleitwitz, 4. Aug. Wie die nationalsozialistische „Deutsche Ostfront“ meldet, wurde in die Wohnung des Ortsgruppenleiters der NSDAP in Guttentag eine Handgranate geworfen, die Sachschaden anrichtete. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Waffenbeschlagnahme in Gleitwitz

Gleitwitz, 4. Aug. Wie die Polizeipressestelle mitteilt, wurden heute vormittag die SA-Unterkunftsräume nach Waffen durchsucht. Insgesamt wurden 389 Schußmunition, sieben Pistolen, davon zwei Maschinenpistolen und mehrere Reserveteile für Schusswaffen, gefunden. Zwei Waffen befanden sich im Besitz von SA-Leuten, die dem Schnellrichter vorgeführt werden.

Die Ermittlungen in Königsberg

Königsberg, 4. Aug. Die Polizei hat heute das Material über die Vorfälle vom 1. August, und zwar die Brandstiftungen, der Staatsanwaltschaft übergeben. Zu den übrigen Vorfällen erfolgen immer neue Festnahmen und Vernehmungen, so daß die Ermittlungen darüber noch nicht abgeschlossen werden konnten. Unlässlich der Verurteilung des beim Jettelverleihen erschossenen Nationalsozialisten Reine und des am 1. August erschossenen kommunistischen Stadtdirektors Gausch beabsichtigten die Anhänger der Nationalsozialisten und der Kommunisten, demonstrative Zeichenbegangnisse zu veranstalten. Der Polizeipräsident hat nun beiden Parteien mitgeteilt, daß die Verurteilungen nicht zu den gewöhnlichen Zeichenbegangnissen zu rechnen und deshalb auch nach Reichsrecht verboten sind. Die nationalsozialistische „Preussische Zeitung“ und die sozialdemokratische „Volkzeitung“ sind beide wegen ihrer Artikel in der Montagsausgabe verwahrt worden (Aufreizung zum Klassenhaß).

Königsberger Anschläge aufgeföhrt

Königsberg, 5. August. Die Ueberfälle und Anschläge in der Nacht zum 1. August sind, wie die Polizei mitteilt, aufgeföhrt. Es wurden 21 Personen verhaftet, die dem Sturm 13 der SA angehören, darunter auch der Sturmföhrer.

Unruhige Nacht in München

München, 4. August. Die heutige Nacht brachte eine Reihe politischer Zusammenstöße und Zwischenfälle, die allein an einer Stelle der Stadt ein dreimaliges Ausrücken des Ueberfallkommandos notwendig machten. Hier waren Nationalsozialisten mit Kommunisten heftig aneinandergeraten. Ein 25jähriger Bäder ist bei dieser Gelegenheit durch einen Brustschuß schwer verletzt worden. Der Täter soll ein Kommunist sein. Noch unbekannte Täter fuhrten gegen 3 Uhr früh bei zwei Kaufhäusern, Wilsfelder und Spa, vor und warfen durch ein großes Schaufenster Brandbomben in das Innere. Glücklicherweise entzündeten sich die Bomben nicht, wodurch unabsehbare Folgen vermieden wurden. Die Täter sind unerkannt entkommen. An einer anderen Stelle der Stadt, im Dante-Stradion, geriet das Bierzelt der Bienenbrauerei in Brand. Man vermutet auch hier politische Hintergründe. In einem unweit

des Dante-Stradions gelegenen Jugendheim der SPD gerieten, wie es heißt, nach einer heftigen Detonation Einrichtungsgegenstände in Brand. Tische, Stühle und Holabänke wurden vom Feuer ergriffen, das von der Wehr bald gelöscht werden konnte.

Die politische Bluttat in Berlin

Berlin, 4. Aug. Durch die politische Polizei konnten im Laufe des gestrigen Tages die beiden Schützen und Messerstecher festgenommen werden, die an der Ermordung des SA-Mannes Fritz Schulz in der Triftstraße führend beteiligt waren. Inzwischen hat einer von ihnen, der 37-jährige Händler Hartmann, ein Geständnis abgelegt. Er gab zu, geschossen zu haben. Hartmann wird noch im Laufe des Tages dem Vernehmungsbüro vorgeführt.

Sprengkörper bei Kommunisten gefunden

Raumburg, 4. Aug. Bei einer Durchsuchung, die die Polizeiverwaltung gestern im Verstecklokal der Kommunisten in Wiehe (Unstruttal) vornahm, wurden in einem raffiniert getarnten Versteck acht hochexplosive Sprengkörper gefunden. Der Besitzer des Lokals und sein Sohn, der der SPD angehört, wurden festgenommen.

Ein 18. Todesopfer der politischen Zusammenstöße in Altona

Altona, 4. Aug. Die schweren Zusammenstöße in Altona am 17. Juli haben jetzt ein 18. Todesopfer gefordert. Heute früh ist der 72jährige Pensionär Emil Föhler im Krankenhaus an den Folgen einer Schußverletzung gestorben.

Politische Ueberfälle im Kreise Rastenburg

Königsberg, 4. Aug. Wie die Königsberger Mittagsblätter melden, haben sich gestern im Kreise Rastenburg zwei politische Ueberfälle ereignet. Auf den Besitzer Moedenburg aus Abbau Marienthal wurden vier Schüsse abgegeben. Auch auf den SA-Föhrer Mattem aus Drensfurt, der mit seinem Motorrad nach Hause fuhr, wurde geschossen. In beiden Fällen gingen die Schüsse fehl. Zwischen zwei NSDAP-Angehörigen und dem zur SPD gehörenden Gypser war es auf der Straße zu politischen Auseinandersetzungen gekommen, wobei Gypser aus einem Lesching mehrere Schüsse abgab. Der Täter wurde verhaftet.

Bombenanschlag in Ortelburg

Ortelburg, 4. Aug. Auf das Kaufhaus Robert Neumann wurde in der vergangenen Nacht von einem vorüberföhrenden Kraftwagen aus eine Brandbombe geworfen. Die Schaufensterauslagen fingen Feuer, das von der Feuerwehr gelöscht werden mußte. Die Polizei ist den Tätern bereits auf der Spur.

Anschlag auf ein ostpreussisches Amtsgericht

Mehlauen (Kreis Labiau), 4. August. In der vergangenen Nacht wurde von unbekanntem Tätern eine Brandbombe durch ein offenes Fenster des Grundbuchamtes des Amtsgerichts Mehlauen geschleudert. Verlezt wurde durch den Anschlag niemand, doch ist Sachschaden an der Einrichtung und den Akten entstanden.

Wels und Vogel bei Bracht

Berlin, 5. Aug. Die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels und Hans Vogel, haben dem „Vorwärts“ zufolge gestern Dr. Bracht aufgesucht und schärfste Beschwerden über den nationalsozialistischen Terror in Ostpreußen, Schleswig-Holstein und anderen preussischen Landesstellen erhoben. Sie betonten das Recht der Notwehr im Sinne des Gesetzes und die Notwendigkeit für die republikanische Bevölkerung, zu Mitteln des Selbstschutzes zu greifen, wenn der Schutz des Staates verweigert werde. — Der stellvertretende Reichskommissar, so schreibt das Blatt, bekannte, daß er die Gefahr sehe und erklärte, er sei bemüht, ihrer Herr zu werden.

Reichskanzler von Papen in Urlaub

Saarbrücken, 4. Aug. Reichskanzler von Papen trat gestern um 1/2 12 Uhr zu seinem Ferienaufenthalt in seinem Schloß in Wallerfangen ein. Die Bevölkerung bereitet ihm eine herzliche Kundgebung, um ihrer Verbundenheit mit dem deutschen Vaterland Ausdruck zu geben. Der Reichskanzler dankte für die freundliche Begrüßung.

Preussischer Landtag am 16. August

Berlin, 4. August. Der Kabinettsrat des Preussischen Landtages beschloß am Mittwochnachmittag, den Landtag auf Dienstag, den 16. August einzuberufen. Der Landtag wird dann eine abge-